



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

KULTURPOLITIK – BEGINN EINER NEUEN EISZEIT?

■ ANALYSE		
Die russische Kulturpolitik im Dienst der Schließung der Gesellschaft		2
Ulrich Schmid, St. Gallen		
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Matilda		4
Jens Siegert, Moskau		
■ UMFRAGE		
Meinungsbilder zu Kirill Serebrennikow und »Matilda«		7
■ KOMMENTAR		
Europäische Universität – »Todsicher«.		
Ein Kommentar zur Verweigerung der Lizenz		10
Dmitrij Dubrowskij, St. Petersburg		
■ UMFRAGE		
Sonntagsfrage Präsidentschaftswahlen		13
■ CHRONIK		
4. – 18. Oktober 2017		14

Die russische Kulturpolitik im Dienst der Schließung der Gesellschaft

Ulrich Schmid, St. Gallen

Zusammenfassung

Seit Beginn der dritten Amtszeit von Präsident Putin lässt sich in Russland ein Übergang von einer patriotischen Kulturpolitik zu einer Schließung der Gesellschaft und der Schaffung einer wertkonservativen »russländischen« (auf den russischen Staat bezogenen) Nation beobachten. Zur Durchsetzung dieses Ziels wird nur selten offene Repression eingesetzt. Der Fall des Regisseurs Kirill Serebrennikow zeigt, dass die Kulturszene in der Regel indirekt diszipliniert wird. Das breite Spektrum der Reaktionen auf die neue Situation reicht von Loyalität über Schweigen bis hin zu Protest und Emigration.

Die Schaffung einer »russländischen Nation«

In der Sowjetzeit verfolgte die Kulturpolitik des Kremls klare ideologische Ziele. Nach der absoluten Freiheit der neunziger Jahre und der selektiven Förderung einer patriotischen Massenkultur zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Situation der Kunstschaffenden in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Der Film »Leviathan« (2014) des Regisseurs Andrej Swjaginzew konnte erst mit mehrmonatiger Verspätung in den russischen Kinos gezeigt werden, weil die explizite Sprache der Handlungsfiguren gegen ein neues Gesetz verstößt, das die Verwendung von Schimpfwörtern in Kunstwerken verbietet. Im März 2015 wurde in Nowosibirsk eine Aufführung von Richard Wagners »Tannhäuser« abgesetzt, weil sie angeblich die religiösen Gefühle der Bevölkerung verletze. Im November 2016 reichte die erzkonservative Duma-Abgeordnete Natalja Poklonskaja eine Anzeige gegen Alexej Utschitel, den Regisseur des Films »Matilda« ein, der das Liebesverhältnis des letzten Zaren zu einer Ballerina thematisiert. Poklonskaja hatte als Staatsanwältin auf der Krim die Annexion der Halbinsel tatkräftig unterstützt und verehrt Nikolaj II. als Märtyrer für den orthodoxen Glauben. Utschitel ist selbst kein oppositioneller Künstler. Im März 2014 gehörte er zu den Erstunterzeichnern eines offenen Briefs an Präsident Putin, in dem zahlreiche Kunstschaffende die aggressive Ukraine-Politik des Kremls unterstützten. Internationale Empörung löste im August 2017 die Verhaftung des Theaterregisseurs Kirill Serebrennikow aus, dem die Unterschlagung staatlicher Gelder vorgeworfen wird. Serebrennikow erhielt moralische Unterstützung von Künstlern aus allen politischen Lagern: Der ansonsten linientreue Filmregisseur Fjodor Bondartschuk und der regierungskritische Dichter Lew Rubinschtejn setzten sich gleichermaßen für ihren Kollegen ein. Der Film- und Theaterregisseur Iwan Wrypajew verfasste einen geharnischten offenen Brief, in dem er das System Putin als bolschewistisch, faschistisch und verbrecherisch bezeichnete. Die Zeitschrift »Snob« veröffentlichte den Wortlaut dieses Briefs wegen

seines scharfen Tons erst nach redaktionsinternen Diskussionen und juristischen Abklärungen auf ihrer Website (<<https://snob.ru/profile/26058/blog/128315>>). Die Serebrennikow-Affäre wurde zum Politikum auf höchster Ebene. Präsident Putin hatte zwar im Mai 2017 die Anordnung einer Hausdurchsuchung in Serebrennikows Privatwohnung noch als »Dummheit« bezeichnet. Nach der Verhaftung Serebrennikows stellte er sich jedoch auf den Standpunkt, dass die Gesetze auch für Kunstschaffende gelten müssen. Der Kulturminister Wladimir Medinskij verneinte explizit eine politische Dimension in dieser Affäre, betonte aber, dass es neben einigen positiven Aspekten auch eine »enorme Menge« negativer Elemente in Serebrennikows künstlerischem Schaffen gebe. Dabei hatte Medinskij vor allem die explizite Thematisierung der Homosexualität in Serebrennikows Projekten im Auge. Im Jahr 2014 zahlte Serebrennikow staatliches Fördergeld für einen geplanten Dokumentarfilm über Peter Tschajkowskij zurück, weil das Kulturministerium gefordert hatte, die Homosexualität des Komponisten ganz auszublenden. Schwierigkeiten mit den Behörden hatte Serebrennikow auch bei seiner Ballettinszenierung über Rudolf Nurejew und bei einem Film über den sowjetischen Rockstar Viktor Zoj – in beiden Produktionen spielt das Thema der Homosexualität eine Rolle. Bei der Homosexualität geht es nicht einfach um eine weltanschauliche Debatte. Seit 2013 verbietet das russische Strafgesetzbuch »Propagierung von Homosexualität« vor einem minderjährigen Publikum. Bekannte homosexuelle Intellektuelle wie die Journalistin Mascha Gessen oder der Lyriker Dmitrij Kusmin haben Russland aus Protest gegen dieses Gesetz bereits verlassen.

Viele Kommentatoren vergleichen die Serebrennikow-Affäre mit dem Fall des ehemaligen Wirtschaftsministers Alexej Uljukajew. Im November 2016 war Uljukajew unter dem Verdacht massiver Bestechlichkeit festgenommen worden. Zahlreiche Unstimmigkeiten in seinem Fall haben Beobachter veranlasst, von einem Schauprozess zu sprechen. Es gehe nicht um das mögliche Fehlverhalten einer Einzelperson, sondern um eine Botschaft mit Signalwirkung: Wer die Generalli-

nie des Kreml nicht unterstützt, kann in das Räderwerk der russischen Justiz geraten. Auch Prominenz schützt dabei nicht vor Verfolgung.

Die Repression gegen oppositionelle Kulturschaffende folgt dabei allerdings nicht sowjetischen Mustern. Ein Prozess, der ausschließlich auf die künstlerischen Inhalte zielte, wie er 1966 gegen Julij Daniel und Andrej Sinjawschij wegen »antisowjetischer Agitation oder Propaganda« stattfand, ist in Putins Russland kaum denkbar. Die beiden Schriftsteller waren damals wegen der Publikation ihrer Prosa im Ausland zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Gerichtliche Angriffe gegen oppositionelle Künstler erfolgen heute in der Regel indirekt. Die »Pussy Riot«-Aktivistinnen erhielten im Jahr 2012 eine zweijährige Haftstrafe wegen »Rowdytums« (§ 213 des Strafgesetzbuchs). Auch der Aktionskünstler Pjotr Pawlenskij, der die Tür des FSB-Hauptquartiers am Lubjanka-Platz in Brand gesetzt hatte, wurde 2016 nur wegen »Beschädigung eines Kulturguts« (§ 243 des Strafgesetzbuchs) verurteilt. Die Gerichte weichen der Interpretation von Kunstwerken sorgfältig aus und achten darauf, als Hüter der gesellschaftlichen Ordnung in Erscheinung zu treten. Natürlich ist den Richtern bewusst, dass »Pussy Riot« oder Pawlenskij die Reaktion des Staates immer auch als integralen Bestandteil der künstlerischen Aktion einkalkulieren. Wahrscheinlich ist die Zurückhaltung der Behörden bei der inhaltlichen Beurteilung von Kunstwerken eine Lektion aus der lächerlichen Affäre um Wladimir Sorokins Roman »Himmelblauer Speck« im Jahr 2002. Eine regierungsnaher Jugendorganisation hatte gegen den bekannten Schriftsteller Anzeige wegen Verbreitung von Pornographie erstattet. Eine offiziell eingesetzte Expertengruppe von Literaturwissenschaftlern kam zum Schluss, dass in Sorokins Roman tatsächlich pornographische Elemente vorhanden seien. Sogar das Kulturministerium protestierte damals im Namen der Meinungsfreiheit gegen die frühe Anklage.

Die gesellschaftliche Atmosphäre, in der sich Kunst im heutigen Russland abspielt, hat sich in den letzten Jahren deutlich aufgeheizt. Die Polarisierung der politischen Ansichten führt dazu, dass Intellektuelle, die sich mit ihrer Regierungskritik exponieren, oft angegriffen werden. Allgegenwärtig sind Hassmails und Beschimpfungen in den sozialen Medien. Regierungstreue Aktivisten können aber auch rohe Gewalt einsetzen. Die Schriftstellerin Ljudmila Ulitzkaja wurde im April 2016 mit grüner Farbe bespritzt. Die Science-Fiction-Autorin und Journalistin Julija Latynina wurde im Juli 2017 mit Fäkalien übergossen, ihr Auto im September 2017 angezündet. Auch die staatlichen oder staatsnahen Fernsehsender nehmen einzelne Künstler ins Visier. Der Rockmusiker Andrej Makarewitsch, der

sich vehement gegen die Annexion der Krim ausgesprochen hatte, wurde am 24. August 2014 in der NTV-Sendung »13 Freunde der Junta« scharf attackiert. Als er darauf in einem offenen Brief den Präsidenten aufforderte, dem medialen »Hexensabbat« um seine Person Einhalt zu gebieten, kommentierte Putins Pressesprecher trocken: »Was Makarewitsch eine Hetzkampagne nennt, kann man auch als Reaktion der öffentlichen Meinung bezeichnen. An den Präsidenten zu appellieren ergibt hier wenig Sinn.«

Neben den scharfen Kreml-Kritikern gibt es unter den Kulturschaffenden ein ganzes Spektrum von Positionen, das von ostentativer Neutralität über unaufgelegte Loyalität bis hin zu begeisterter Unterstützung reicht. Ein Beispiel für eine dezidiert apolitische Haltung bietet etwa die tatarische Drehbuchautorin und Schriftstellerin Gusel Jachina. Mit ihrem Roman »Suleika öffnet die Augen« hat sie einen internationalen Bestseller verfasst. Sie kümmert sich intensiv um ihr Publikum, weicht aber Fragen nach der politischen Situation in Russland sorgfältig aus. Eine loyale Position nimmt der Filmregisseur Pawel Lungin ein, der in seiner Fernsehserie »Rodina«, einer »Homeland«-Adaption, ein positives Bild der russischen Geheimdienste zeichnet. Zu den überzeugten Unterstützern des Kremls zählt der Stardirigent Walerij Gergijew, der im Mai 2016 nach der Vertreibung des ISIS ein vielbeachtetes Konzert im syrischen Palmyra organisierte. Wie zahlreiche andere Kulturschaffende, die Putins Politik vorbehaltlos unterstützen, gehört Gergijew zu den etwa fünfhundert »Vertrauenspersonen Wladimir Putins« und sitzt im Rat des Präsidenten für Kultur und Kunst.

Symptomatisch für die Haltung der offiziellen Kulturelite ist etwa der Auftritt von Jelena Jampolskaja, der stellvertretenden Vorsitzenden des Rates für Kultur und Kunst, am 25. Dezember 2015 im Kreml. Sie definierte Kultur nicht nur als Summe einzelner Schaffensakte, sondern als Stimulierung der geistigen Energien im Namen der nationalen Einheit. Die psychische Gesundheit der Nation hänge von der Kultur ab. Am 2. Dezember 2017 hob Jampolskaja hervor, dass es keinen Antagonismus zwischen Staat und Kultur geben könne. Der Staat könne nicht ohne Kultur existieren und die Kultur nicht ohne Staat.

In der Tat lässt sich in den letzten Jahren eine zunehmende Ideologisierung der russischen Kulturpolitik beobachten. Zwar verbietet Art. 13 der geltenden russischen Verfassung eine Staatsideologie. Diese Bestimmung hinderte aber den mächtigen Chef des Ermittlungskomitees, Nikolaj Bastrykin, nicht daran, am 18. April 2016 in der Zeitung »Kommersant« eine neue Staatsideologie für die Russische Föderation zu fordern. Auch kremltreue Duma-Abgeordnete setzten

sich schon explizit für die Abschaffung von Art. 13 ein. Die wertkonservative Ausrichtung des Staats hat auch Eingang in offizielle Regierungsdokumente gefunden. Dazu gehört in erster Linie die nationale Sicherheitsstrategie vom 31. Dezember 2015. Ein ganzes Kapitel dieser Doktrin ist der Kulturpolitik gewidmet. Ein Kernbegriff sind dabei die spezifisch russischen »geistig-moralischen Werte«. Das Dokument nennt als Beispiele u. a. den »Vorrang des Geistigen vor dem Materiellen«, die »Familie«, die »schöpferische Arbeit«, den »Dienst für das Vaterland«, den »Kollektivismus«, die »historische Einheit der Völker Russlands« oder die »Tradition der Geschichte unserer Heimat«. Diese Bestimmungen bilden die Grundlage für ein großes Projekt des Kreml: Die Schaffung einer »russländischen Nation« mit einem »russischen Kulturkern«. Dabei steht nicht eine neue föderale Staatskonzeption im Vordergrund, sondern eine möglichst homogene »imaginierte Gemein-

schaft«. Im November 2016 ordnete Putin sogar an, ein »Gesetz über die russländische Nation« auszuarbeiten. Allerdings stieß diese Initiative bald auf heftigen Widerstand in verschiedenen Teilrepubliken, die um ihre kulturelle Eigenständigkeit fürchteten. Deshalb sucht der Kreml zurzeit andere Formen der Definition einer »russländischen« (auf den russischen Staat bezogenen) Nation. Am 6. Juni 2017 schlug Putin vor, einen Eid für neue Staatsangehörige Russlands auszuarbeiten. Außerdem greift der Präsident auf die Strategie der staatlichen Nationalitätenpolitik vom 19. Dezember 2012 zurück, die bis ins Jahr 2025 implementiert werden soll. Paragraph 17 dieses Dokuments hält als wichtigstes Ziel fest, »das gemeinsame russländische Selbstbewusstsein der Bürger und die geistige Gemeinschaft des multiethnischen Volkes der Russischen Föderation (der russländischen Nation)« zu stärken.

Über den Autor

Ulrich Schmid ist Professor für Kultur und Gesellschaft Russlands an der School of Humanities and Social Sciences der Universität St. Gallen, Schweiz. Zudem ist er Mitarbeiter der Neuen Zürcher Zeitung.

Lesetipps

Schmid, Ulrich: Technologien der Seele – Vom Verfertigen der Wahrheit in der russischen Gegenwartskultur. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2015.

NOTIZEN AUS MOSKAU

Matilda

Jens Siegert, Moskau

Eigentlich fing alles ganz harmlos an. Der russische Regisseur Alexej Utschitel drehte einen Film über den letzten russischen Zar Nikolaj II. (gespielt übrigens vom deutschen Schauspieler Lars Eidinger) und seine, so muss man wohl sagen, Jugendliebe, die Primaballerina Matilda Kschesinskaja. Eine wirklich romantische Geschichte, musste der Thronerbe Nikolaj doch statt Matilda die standesgemäße Alix von Hessen-Darmstadt heiraten, die damit als Alexandra Fjodorowna letzte Kaiserin von Russland wurde.

Dieser romantischen, also sehr menschlichen Sicht auf Nikolaj II. konnte sich offenbar auch das russische Kulturministerium anschließen. Jedenfalls förderte es den Film mit umgerechnet rund 7 Millionen Euro, einem knappen Drittel des Gesamtbudgets. Die freizügige Förderung mag auch mit dem Regisseur zu tun

gehabt haben. Alexej Utschitel ist bisher politisch nicht weiter aufgefallen. Freundlicher Weise könnte man sagen, er halte sich öffentlich zurück. Eines ist er jedenfalls sicher nicht: ein Oppositioneller. Eher schon (und etwas weniger freundlich) könnte man ihn als Opportunisten bezeichnen. Nach der Krim-Annexion hat Utschitel, der politisch unauffällige, zusammen mit 99 anderen russischen Kulturschaffenden einen offenen Brief unterzeichnet, der Putin für diesen Schritt lobt. So weit, so gut.

Kreuzzug zur Ehrenrettung von Zar Nikolaj II.

Anfang dieses Jahres aber, ein gutes halbes Jahr vor dem Kinostart, begann die Dumaabgeordnete Natalja Poklonskaja ihren öffentlichen, so muss man es wohl nennen, Kreuzzug. Der Film beschädige das Ansehen eines Heiligen (der von den Bolschewiki im Sommer

1918 zusammen mit seiner Familie ermordete Nikolaj ist von der russisch-orthodoxen Kirche zum Märtyrer erklärt und in den Heiligenstand erhoben worden) und müsse daher verboten werden, forderte die ehemalige Staatsanwältin der Krim und schickte, kraft ihres Amtes, auch gleich eine Beschwerde an ihre ehemaligen Kollegen von der Generalstaatsanwaltschaft. Poklonskaja war nach der Krimannexion so etwas wie das schöne Gesicht der neuen Damen und (vor allem) Herren auf der Schwarzmeerhalbinsel. Vor einem Jahr wurde sie über die Liste der Kremlpartei Einiges Russland ins Moskauer Parlament gewählt.

Nun ist Natalja Poklonskaja zwar Abgeordnete, aber kaum jemand würde sie als besonders einflussreich oder gar mächtig bezeichnen. Bis zum Jahresbeginn wurde sie eher in die gleiche Kategorie angeordnet wie andere Abgeordnete, die nach Schauspiel- oder Sportkarriere als populäre Aushängeschilder des politischen Systems erhalten, aber ansonsten meist nicht weiter auffallen. Entsprechend wirkten Poklonskajas Forderungen anfangs eher wie eine »Buffonade«, also eine Art Slapstick-Komödie, wie der Publizist Kirill Rogow schreibt (<http://www.inliberty.ru/blog/2646-Matilda-v-Kremle>). Doch schon wenig später bekam die Abgeordnete Unterstützung. Zuerst durch eine Gruppe namens *Sorok Sorokow*. Das ist eine Art selbsternannte, russisch-orthodoxe Sturmtruppe, die sich gegründet hat, um das kirchliche »Programm der 200 Kirchen« in Moskau »zu schützen«. Sorok-Sorokow-AktivistInnen bedrängten anfangs vor allem Anwohner, die dagegen protestierten, dass in einem nahegelegenen Park oder anstelle eines Kinderplatzes eine Kirche gebaut werden sollte. Die Schlägertruppe war aber auch auf dem Maidan in Kiew aktiv (auf Seiten der Regierung Janukowitsch, versteht sich) und unterstützte Igor Strelkow, einen der Anführer des Kriegs gegen die Ostukraine.

Im Sommer dann aber spitzte sich die Auseinandersetzung zu. Eine traditionelle Kreuzprozession in St. Petersburg Mitte September, die alljährlich zu Ehren der Umbettung der Gebeine des heiligen Fürsten Alexander Newskij abgehalten wird (der hatte den Deutscherorden 1242 in der Schlacht auf dem Peipussee geschlagen), wurde von radikal-orthodoxen AktivistInnen gleichsam gekapert. Sie liefen der Prozession mit Transparenten voran, die ein Verbot des Films »Matilda« forderten. »Die Ehre des Herrschers ist die Ehre des russischen Volkes« und »Matilda ist eine Ohrfeige für das russische Volk« stand da zum Beispiel geschrieben. Andererseits trifft es das Verb »kapern« hier wohl nicht ganz. Denn der Umstand, dass die Polizei nicht eingriff und sich auch die veranstaltende Russische Orthodoxe Kirche nicht von dieser Aktion distanzierte, wurde allgemein als Zustimmung von oben betrachtet.

Dann kam es noch schlimmer. In der Uralmetropole Jekaterinburg steuerte ein sich selbst so nennender »orthodoxer Aktivist« ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug in ein Kinotheater. Die Explosion zerstörte das Foyer. In Moskau wurden kurze Zeit später mehrere Autos vor dem Büro der Anwaltsfirma in Brand gesteckt, die Regisseur Utschitel vertritt (übrigens gehörten die Autos Leuten, die weder mit dem Anwaltsbüro noch mit Utschitel irgendetwas zu tun haben). Nur durch Zufall und zum Glück kamen in beiden Fällen keine Menschen zu Schaden.

Der politische Beobachter Alexander Baunow vom Moskauer Carnegie-Zentrum nennt diese Anschläge die ersten religiös motivierten in Russland, die keinen islamistischen Hintergrund haben. Das sei eine neue Qualität. Die national-orthodoxe Ideologisierung der russischen Gesellschaft von oben habe seine eigenen Ungeheuer von unten geschaffen (<http://carnegie.ru/commentary/73097>).

Allerdings zeigte sich auch, dass die nationalistischen staatlichen Reihen selbst nicht so geschlossen sind, wie es bisher oft schien. Kulturminister Wladimir Medinskij, ansonsten einer der Anheizer gegen alles, was sich als »westlich« oder »liberal« denunzieren lässt, verteidigte den Film gegen die Angriffe von Natalja Poklonskaja. Das mochte wohl auch an der finanziellen Förderung durch sein Ministerium liegen. Medinskij ist zudem seit Monaten anderweitig unter Druck. Die staatliche Promotionskommission WAK (russ.: »Wysschaja Attestazionnaja Komissija«) prüft gerade, ob seine Dissertation auch tatsächlich den Doktorgrad wert ist. Eine entsprechende Kommission seiner Universität hatte der Arbeit vorige Woche die Wissenschaftlichkeit aberkannt. Die Zeitung »Nowaja Gaset« fand diese Woche heraus, dass zwei der drei Professoren, die als Opponenten bei der Verteidigung der Promotionsschrift mitgewirkt haben sollen, das abstreiten. Der dritte potentielle Opponent ist inzwischen verstorben.

Zwischenzeitlich haben sich auch andere Parlamentarier des Films angenommen. Der für Kultur zuständige Ausschuss der Staatsduma schaute sich den Film in einer geschlossenen Vorstellung an. Der Ausschussvorsitzende Stanislaw Goworuchin, selbst im Vorberuf Regisseur, kam danach zu dem Schluss, es gebe an dem Film nichts auszusetzen. Das ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil Goworuchin keinerlei »liberaler« Vorlieben verdächtig ist. Mehr noch: Bei allen bisherigen Wahlen war er ein Vertrauensmann von Präsident Putin. Vor den Wahlen 2012 leitete er sogar dessen Wahlkampfstab.

All das deutet auf zweierlei hin: Zum einen, dass diese Kampagne ursprünglich nicht von oben geplant wurde. Und zum zweiten, dass es bis heute dazu im Kreml unter-

schiedliche Ansichten gibt. Ich will im Folgenden versuchen, diese beiden Linien kurz nachzuzeichnen.

Kampagne ohne Steuerung von oben

Die immer radikalere Ideologisierung der russischen Innenpolitik und die Entkernung der meisten staatlichen Institutionen zugunsten einer immer direkteren Herrschaft Wladimir Putins haben unterschiedliche, sich aber gegenseitig verstärkende Folgen. Zum einen verliert Putin zunehmend die Kontrolle darüber, wo die Grenzen des von ihm seit einigen Jahren protegierten und orthodox gefärbten Nationalpatriotismus liegen. Zwar strengt sich der Kreml von Zeit zu Zeit an, auch hier Grenzen zu ziehen. Webseiten werden verboten oder die Förderung für zu weit vorpreschende Vorfeldorganisationen wie zum Beispiel die Biker der »Nachtwölfe« oder die sogenannte »Nationale Befreiungsbewegung« (NOD) (die er vorher gepöppelt und mit Putins öffentlicher Aufmerksamkeit und Zustimmung bedacht hatte) gekürzt. Aber Eigeninitiative, die sich auf die staatliche Ideologie bezieht und sie (mitunter mit sehr viel Eigensinn) interpretiert, ist immer schwieriger zu stoppen. Da Putin seine Ideologie immer nur andeutet, gibt es, im großen Unterschied zur Sowjetunion, heute keinen Katechismus, auf den sich Anhänger beziehen könnten. Interpretation ist also keine Wahl, sondern ein Muss.

Zwar hätte Putin ohne Frage die Macht, die kleine Abgeordnete Poklonskaja zu stoppen. Das zunehmende fehlen von *Checks und Balances* führt aber, wie Alexander Baunow richtig schreibt, zu einem systemischen Problem. Am Anfang war Poklonskajas Initiative viel zu unbedeutend, als dass sich der über den Dingen stehende Präsident damit selbst hätte beschäftigen können. Vielleicht wurde sie im Kreml auch gutgeheißen. Nur haben solche Dinge, wie der Fall Matilda zeigt, mitunter die Angewohnheit, schnell zu wachsen. Wenn sie dann so groß sind, wie der Skandal um »Matilda« heute, sind die Kosten, sie zu stoppen, meist schon sehr viel höher. Auch reichen dann die Interventionen von Gehilfen des obersten Herrn oft nicht aus. Im Fall Matilda müsste Putin schon längst persönlich und wohl auch öffentlich eingreifen, um die Lawine zu stoppen. Doch das ginge inzwischen wohl kaum mehr, ohne dass dies als ideologische Korrektur zugunsten einer liberaleren, weniger auf Konfrontation mit dem Westen angelegten politischen Linie interpretiert werden würde (und wohl auf dem national-patriotischen Flügel entsprechende Gegenwehr provozierte).

»Aufgeklärter« vs. »unaufgeklärter« Autoritarismus

Damit kommen wir zur zweiten Linie. Die Auseinandersetzung um den Film »Matilda« lässt sich durchaus

auch, wie das zum Beispiel Kirill Rogow tut, als Auseinandersetzung um die generelle politische Linie der nächsten Präsidentschaft Putins interpretieren. Dieser Lesart zufolge strebt Sergej Kirijenko, der Leiter der Präsidentschaftsadministration, mit seinen Gefolgsleuten und Verbündeten eine Art »aufgeklärten Autoritarismus« als Leitlinie an (auch, um die dringend nötige wirtschaftliche Modernisierung endlich auf den Weg zu bringen). Dagegen steht die mitunter so genannte »orthodoxe Partei« im Kreml, der viele Leute aus den Sicherheitsapparaten, aber auch der immer wieder als Beichtvater von Putin genannte Bischof Tichon Schewkunow zugerechnet werden. Ihr Ziel könnte man analog einen »unaufgeklärten Autoritarismus« nennen. Diese Gruppe kämpft, so könnte man zugespitzt sagen, um Putins Seele. Vielleicht auch nur um seine politische Zustimmung.

Folgt man dieser Interpretation, ist die Auseinandersetzung um den Film nur ein (kleiner) Teil eines viel größeren Kampfes. Eines Kampfes allerdings – hier trifft sich die zweite Linie mit der oben beschriebenen ersten –, bei dem es um die grundsätzliche ideologische Ausrichtung des Landes geht (oder zumindest der von Putins Herrschaft). Nach Meinung des meist ausgezeichnet informierten Chefredakteurs des Radiosenders Echo Moskawas Alexej Wenediktow, steht Schewkunow sowohl hinter dem Skandal um die Rückgabe der St. Petersburger Isaakskathedrale an die Russische Orthodoxe Kirche als auch der Verhaftung des Moskauer Theaterleiters und Regisseurs Kirill Serebennikow (siehe dazu auch: <http://russland.boellblog.org/2017/03/01/der-streit-um-die-isaaks-kathedrale-in-st-petersburg/>).

Ziel der unaufgeklärten Gruppe könnte es demnach sein, vor der Wahl im März die Überführung der Gebeine Nikolaus II. aus der Peter-und-Pauls-Kathedrale in die Isaakskathedrale zu zelebrieren. Dadurch würde der Mythos des »Heiligen Russland« – im Gegensatz zu einem liberal-profanen »Russland« – erneuert und hervorgehoben. Das Überführen der Gebeine wäre dann der Kulminationspunkt einer Inszenierung, die Putin als den Bewahrer dieser großen Tradition darstellt. In solch ein Szenarium passte ein Film über den Zaren als romantisch liebenden Menschen trotz all seiner Harmlosigkeit natürlich nicht. Was wiederum den Furor der Kampagne gegen ihn erklären würde.

Das Problem der unaufgeklärten Gruppe ist, dass Russland, trotz aller Euphorie um die Krimannexion und die gleichzeitig verschärfte ideologische Ablehnung alles Westlichen, insgesamt doch ein eher profanes Land geblieben ist. Zwar dient die Orthodoxie vielen im Land als nationales Identifikationsmerkmal (orthodox gleich ethnisch und kulturell russisch), aber es gibt trotzdem wenig Religiosität.

Die Auseinandersetzung um die ideologische Ausrichtung der Präsidentschaftskampagne von Wladimir

Putin birgt zudem ein Ringen um Antworten auf die für alle unerwartet großen Straßenproteste im Frühling. Soll diesen Leuten, darunter viele junge Menschen, ein Angebot gemacht werden (das wäre die aufgeklärte Variante) oder soll der Staat mit aller polizeilichen und ideologischen Härte zurückschlagen?

Fazit

Wie dem auch sei, scheint sich in Sachen Matilda die Waagschale momentan gegen die Gegner des Films zu senken. Die Generalstaatsanwaltschaft, die von Poklonskaja über die Monate mit 43 Eingaben überschüttet wurde (sie hat als Abgeordnete das Recht zu Eingaben, die die Staatsanwaltschaft in engen Fristen untersuchen und beantworten muss), erklärte gerade diese Woche, sie habe die staatliche Finanzierung des Films überprüft und keinerlei Beanstandungen gefunden. Auch die beiden größten russischen Kinoketten »Formula Kino« und »Cinema Park« entschlossen sich am vergangenen Wochenende, den Film in ihren Kinos zu zeigen, nach-

dem sie zuvor davon abgesehen hatten, weil sie, wie sie sagten, nach den Anschlägen die Sicherheit der Kinobesucher nicht gewährleisten könnten. Als Grund für diese Meinungsänderungen gaben die Kinoketten die gute Arbeit der Strafverfolgungsbehörden an, die das Risiko inzwischen minimiert hätten. Kinostart ist nun der 26. Oktober.

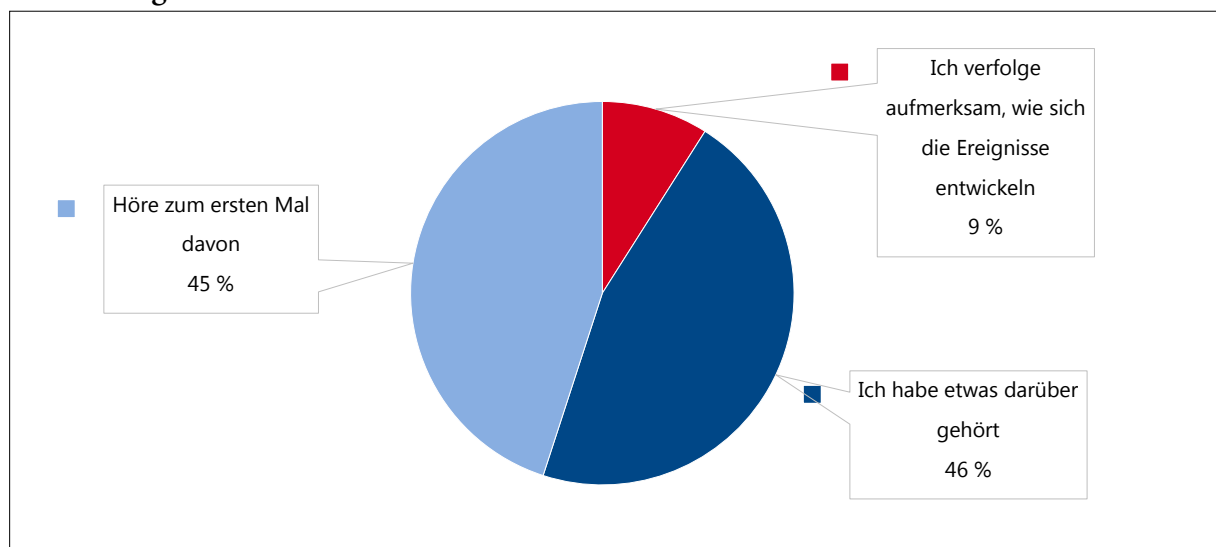
Trotz allem: Die Geschichte – oder besser: der Kampf – ist noch nicht zu Ende. Der Hausarrest des Regisseurs Kirill Serebrennikow wurde diese Woche erneut verlängert und die Mitarbeiter des Kulturministeriums, die seinem Theater Fördergelder bewilligt haben, sollen von Gerichten wegen überprüft werden. Auch die Übergabe der Isaakskathedrale an die Russische Orthodoxe Kirche wird wohl in den kommenden Wochen abgeschlossen werden.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org>>.

UMFRAGE

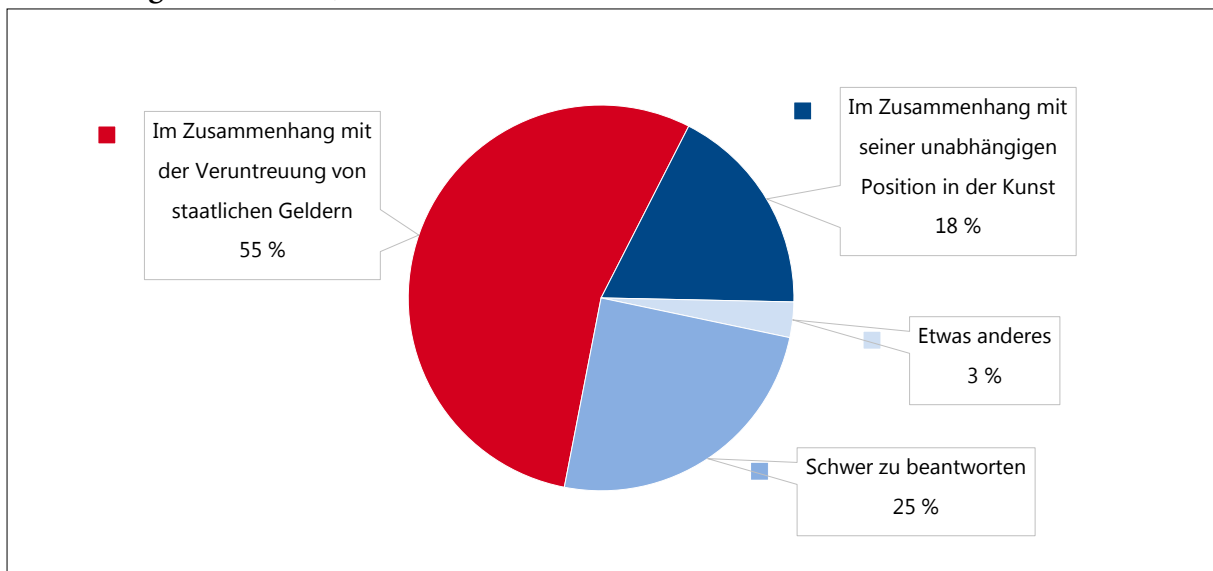
Meinungsbilder zu Kirill Serebrennikow und »Matilda«

Grafik 1: Haben Sie davon gehört, dass im August der Regisseur und künstlerische Leiter des Theaters »Gogol-Centre« Kirill Serebrennikow verhaftet und unter Hausarrest gestellt wurde?



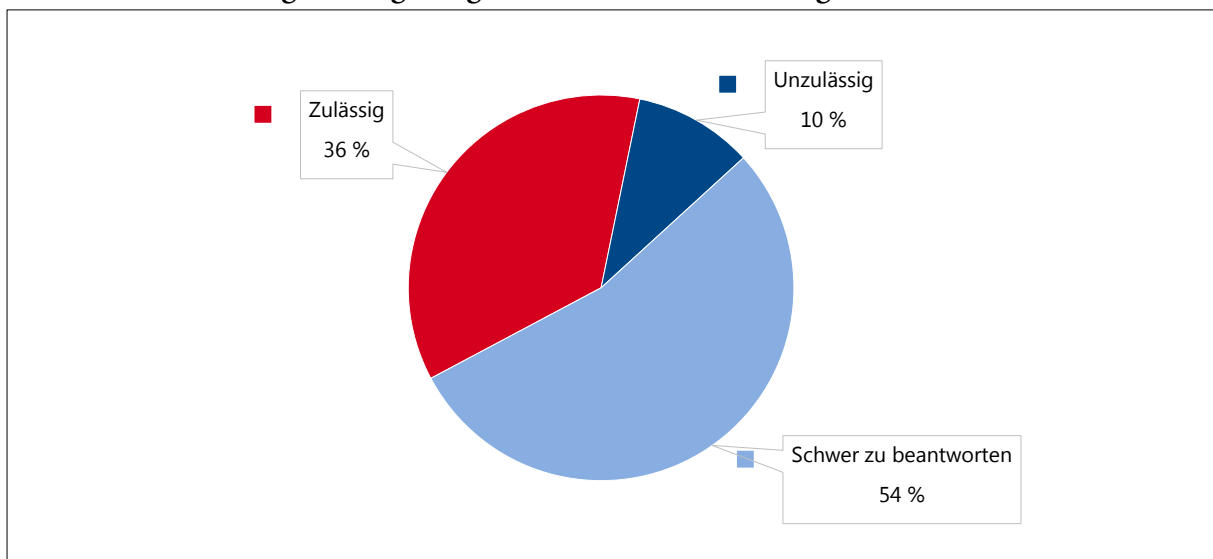
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 15.–19. September 2017, <<https://www.levada.ru/2017/09/29/delo-kirilla-serebrennikova/>>, veröffentlicht am 29. September 2017

Grafik 2: Was glauben Sie, in welchem Zusammenhang steht die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Kirill Serebrennikow tatsächlich? (Die Frage wurde nur jenen gestellt, die »aufmerksam verfolgen, wie sich die Ereignisse entwickeln« bzw. »etwas darüber gehört haben«.)



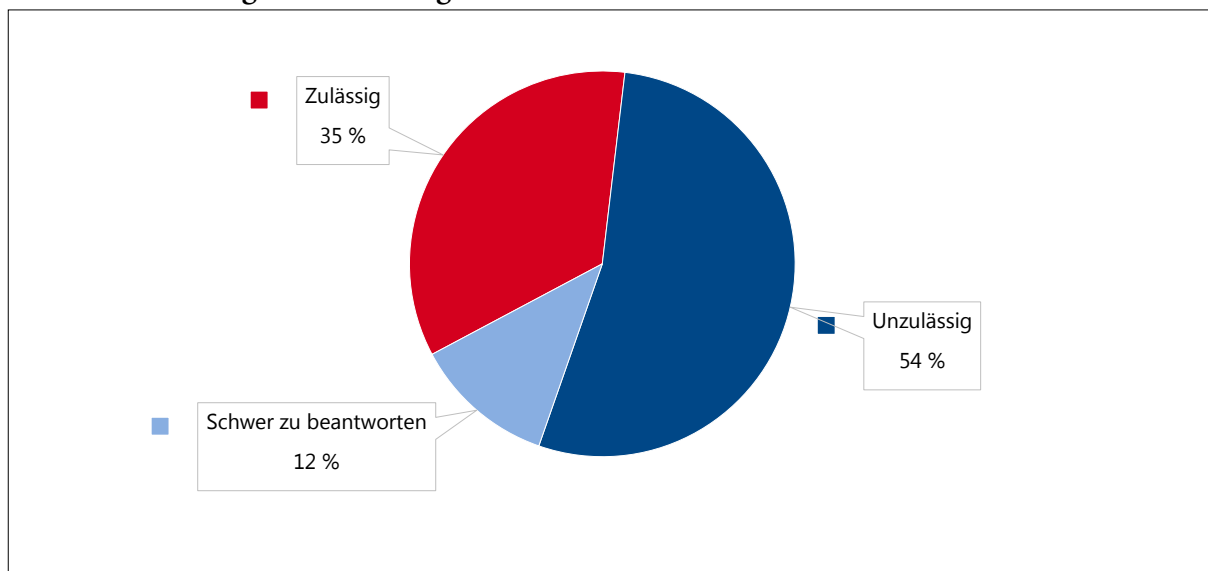
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 15.–19. September 2017, <<https://www.levada.ru/2017/09/29/delo-kirilla-serebrennikova/>>, veröffentlicht am 29. September 2017

Grafik 3: Das Kulturministerium der Russischen Föderation hat den Verleih des Films »Matilda« genehmigt. Begrüßen Sie die Entscheidung oder lehnen Sie diese ab?



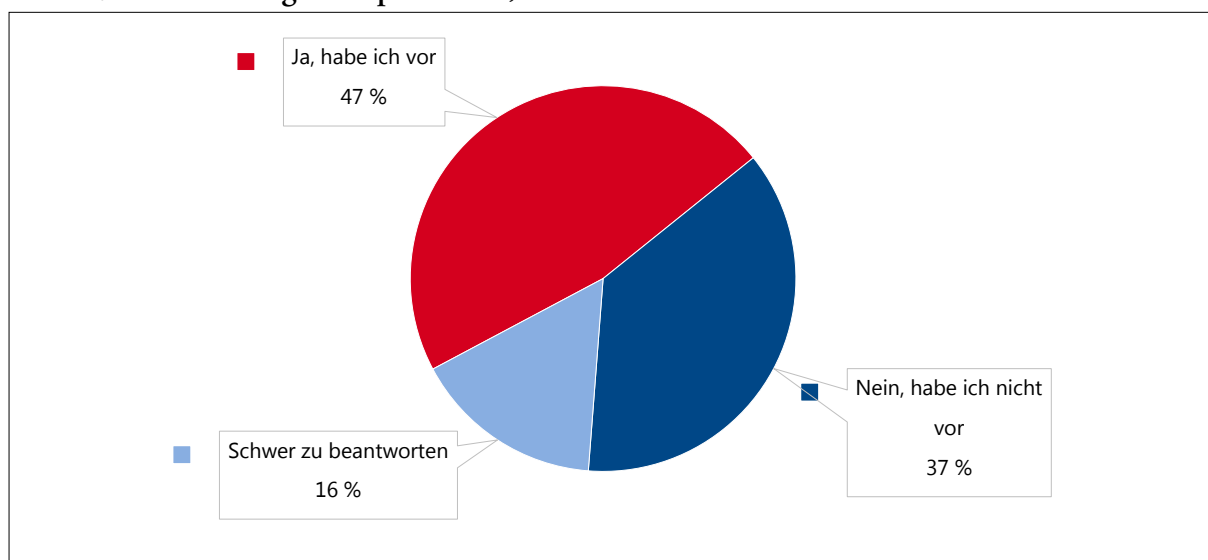
Quelle: repräsentative Umfrage des Fond obschtschestvennogo mnenija vom 20. August 2017, <<http://fom.ru/Kultura-i-dosug/13658>>, veröffentlicht am 25. August 2017

Grafik 4: Was denken Sie, ist es prinzipiell zulässig oder unzulässig, Kinofilme, Theateraufführungen, Ausstellungen oder Bücher zu verbieten?



Quelle: repräsentative Umfrage des Fond obschtschestwennogo mnenija vom 20. August 2017, <<http://fom.ru/Kultura-i-dosug/13658>>, veröffentlicht am 25. August 2017

Grafik 5: Beabsichtigen Sie persönlich, den Film »Matilda« anzuschauen?



Quelle: repräsentative Umfrage des Fond obschtschestwennogo mnenija vom 20. August 2017, <<http://fom.ru/Kultura-i-dosug/13658>>, veröffentlicht am 25. August 2017

Europäische Universität – »Todsicher«.

Ein Kommentar zur Verweigerung der Lizenz

Dmitrij Dubrowskij, St. Petersburg

Zusammenfassung

Am 28. September 2017 hat die Bildungsaufsichtsbehörde »Rosobrnadsor« der Europäischen Universität St. Petersburg mitgeteilt, ihr keine neue Lizenz als Bildungseinrichtung zu erteilen. Damit droht der international renommierten Hochschule das Aus. Mit diesem Schritt verdeutlicht Russland ein weiteres Mal, dass das Land auf die Meinung der internationalen Öffentlichkeit keinen Wert mehr legt.

Totale Kontrolle über das Bildungs- und Wissenschaftssystem

Die jüngsten Entwicklungen rund um die Europäische Universität St. Petersburg – der die Lizenz als Hochschule verweigert wurde, die vom stellvertretenden Leiter der Bildungsaufsichtsbehörde »Rosobrnadsor« offen verhöhnt wird, und die ihr angestammtes Hauptgebäude verloren hat – machen deutlich, wovor die internationale Wissenschaftsgemeinde seit langem gewarnt hat: Der Angriff auf die Europäische Universität ist kein »Streit zwischen Wirtschaftssubjekten«. Im Gegenteil: Es handelt sich um eine ernstliche Verletzung akademischer Rechte und Freiheiten.

Akademische Rechte und Freiheiten bestehen aus zwei sich wechselseitig bedingenden Elementen. Einerseits sind es die eigentlichen Rechte und Freiheiten der Wissenschaftler und Lehrenden, also »die Freiheit zu unterrichten, zu forschen und zu studieren«. Andererseits ist es die Autonomie der Universitäten, die einer Lehrereinrichtung garantiert, nicht nur den Inhalt, sondern auch die Form der Lehre selbständig und unabhängig zu bestimmen.

Fest steht: In Russland gibt es nur geringe historische Erfahrungen mit akademischer Freiheit. Die Tradition des Autoritären hingegen ist recht stark, insbesondere, was die Autonomie der Universität vom ideologischen Diktat des Staates betrifft. Idealerweise sollte sich der Staat ausschließlich dafür interessieren, die Grundlagenforschung zu fördern und Studierende sozial zu unterstützen, wobei er ihnen neben den akademischen Freiheiten auch die »gewöhnlichen« verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten zu garantieren hat. Was die Ideologie anbelangt, so sollten die Universitäten eines demokratischen Staates Stätte bürgerschaftlicher Erziehung mit berufsbezogener Komponente sein. Wer eine Universität absolviert hat, sollte nicht nur fachlich qualifiziert, sondern auch ein kritisch denkender und sozial verantwortungsvoller Bürger sein.

Der Angriff auf die akademischen Rechte und Freiheiten ist ein Produkt der Ära Putin

Autoritäre Staaten hingegen sind nicht an bürgerlichen Freiheiten, sondern stark an loyalen Haltungen zum

politischen Regime interessiert. Dabei verstehen sie »frei von Politik« eher als ein Verbot von Kritik an der Regierung und als totale Kontrolle über das Bildungs- und Wissenschaftssystem. Apologeten dieser Sichtweise fassen dabei im Grunde jeden freien Gedanken, der statt ideologischer Klischees die Sprache der Analyse und der Quellenkritik bemüht, als Kritik am politischen System auf. Das Ergebnis ist eine moralische Panik wegen einer angeblichen »ideologischen Aggression des Westens« oder einer »Bedrohung für die Einzigartigkeit des russischen Geistes«. Allerdings war das nicht immer so. Der Angriff auf die akademischen Rechte und Freiheiten ist ein Produkt der Ära Putin.

Gerade im Bereich der Bildung schien Russland seit Anfang der 1990er Jahre den Weg der Internationalisierung eingeschlagen zu haben, der das Land in die internationale Bildungs- und Wissenschaftsgemeinde einbinden würde. Dazu zählen der Bologna-Prozess, der Kampf um gute Platzierungen in den internationalen Bildungs-Ratings und der Diskurs um eine wissensbasierte Wirtschaft. Eine ganze Reihe russischer Hochschulen, darunter die Staatlichen Universitäten aus Moskau und St. Petersburg, hat auch die »Magna Charta Universitatum« unterzeichnet – eine Erklärung aus dem Jahr 1988, die den Rahmen akademischer Freiheit und institutioneller Unabhängigkeit vom politischen Regime festlegt.

Brandschutz und seine Folgen

Der erste Angriff auf die Europäische Universität in St. Petersburg begann 2008, als die Hochschule beschuldigt wurde, sich »in die inneren Angelegenheiten der Russischen Föderation« einzumischen.

Die Anschuldigung von höchster Stelle machte deutlich, dass für den Wunsch nach Innovation und Modernisierung nicht die dafür notwendigen Schritte zu Demokratie und Offenheit gegangen werden sollten. Als die Universität sich an einem von der EU geförderten Forschungs- und Bildungsprojekt zur Verbesserung von Wahlbeobachtungen beteiligte, führte dies seinerzeit unmittelbar zur sogenannten »Brandschutz-Krise«:

Dieselben Brandschutzinspektoren, die noch kurz zuvor die entsprechenden Abnahmeprotokolle unterzeichnet hatten, entdeckten plötzlich eine Reihe schwerwiegender Verstöße gegen Brandschutzbestimmungen. Die Universität wurde eilig geschlossen (um das Leben und die Gesundheit der Studierenden zu schützen, versteht sich), und die Gerichte nickten den Beschluss der Brandschutzinspektoren gehorsam ab.

Seinerzeit, vor fast zehn Jahren, gab es eine breite nationale und internationale Unterstützung, vor allem durch Wissenschaftler sowie durch den damaligen russischen Finanzminister Alexej Kudrin, die zur Rettung der Universität führte. Von Bedeutung war auch, dass die Universität zu erheblichen Zugeständnissen bereit war. So wurde das von der EU geförderte Projekt aus der Universität ausgegliedert.

Internationales Ansehen in Frage gestellt

Die Krise der Europäischen Universität, die sie an den Rand der Schließung gebracht hatte, verstärkte ein weiteres Mal die Diskussion darüber, wie sich das Schicksal dieser recht kleinen, aber inzwischen sehr einflussreichen und in jeder Hinsicht außergewöhnlichen Lehranstalt auf die Reform des Hochschulwesens auswirken würde. Damals, im Jahr 2008, konnte es noch den Anschein haben, dass es sich nur um eine unerfreuliche Episode vor dem Hintergrund der abgekühlten Beziehungen zwischen Russland und der EU handelt. Heute ist die Situation bekanntermaßen eine andere. Auf zwei grundlegende Unterschiede zu den Ereignissen von vor zehn Jahren sollte hingewiesen werden: Erstens hat sich das internationale Ansehen Russlands inzwischen erheblich verschlechtert, und zweitens hat sich die Entwicklung der Hochschulwesens nicht weniger drastisch verändert.

Im Jahr 2008 war das Russland unter Putin noch merklich auf seine internationale Reputation bedacht. Ein internationaler Skandal, zudem noch im Bereich der internationalen Bildungszusammenarbeit, kam zu dieser Zeit recht ungelegen. Eigentlich waren die Initiatoren der Affäre auch mit der Lösung des Konflikts zufrieden: die Universität zog sich aus allen »politischen Aktivitäten« zurück, und die Universitätsleitung unterstrich wiederholt die »unpolitische Natur« der Krise.

Das immer offensichtlichere, traurige Ende der Hochschule ist nicht nur ein Problem der Europäischen Universität allein. Der Soziologe Grigorij Judin hat den Angriff auf die Europäische Universität nicht nur als Signal an die Hochschulen in Russland gedeutet, sondern ganz offen als Katastrophe bezeichnet, bei der sogar unwichtig sei, wer sie verursacht hat:

»Der Angriff auf die Europäische Universität ist ein Signal, dass der Staat seine eigene Strategie zur Förderung der Wissenschaft nicht ernst nimmt, und

dass er bereit ist, jene zu versenken, die die vom Staat gesetzten Ziele effektiv umsetzen« (<https://meduza.io/feature/2017/09/29/pochemu-atakana-evropeyskiy-universitet-v-peterburge-katastrofa-dlya-rossijskoy-nauki-i-obrazovaniya>).

Der Punkt ist jedoch, dass die Europäische Universität die Ziele und Aufgaben der Wissenschaftsentwicklung missverstanden hat, oder besser gesagt: Sie hat sie wörtlich genommen. Wenn es ums Formulieren von Aufgaben geht, muss man, alter sowjetischer Gewohnheit folgend, zwischen den Zeilen lesen. Und zwischen den Zeilen stand eine alte Tradition geschrieben: Modernisierung ohne politische Umgestaltung, eine Art vollkommen fettfreie Milch, fast schon Wasser. In dieser Situation, wenn eine Hochschule versucht, den offiziell verkündeten Zielen zu folgen, wird ausgerechnet sie zum Objekt nicht nur politischer Anschuldigungen, sondern auch unzähliger Überprüfungen. Ganz wie in dem alten englischen Krimi »Todsicher« von Dick Francis. Gleichzeitig war es das Bildungsministerium, das die führende Stellung der Europäischen Universität in einer ganzen Reihe von Kategorien festgestellt hat. Die Kriterien waren vom Ministerium selbst für die führenden Hochschulen entwickelt worden!

Es ist bezeichnend, dass es nur ein unbekannter Denunziant vom Portal »Okolokremlja« war, der es wagte, die Europäische Universität direkt der »Wührbarkeit« zu bezichtigen. Dafür bekommen wir das Bild einer Weltverschwörung gegen die Wissenschaft, Bildung und den Staat Russlands präsentiert, das in mehr als finsternen Tönen gehalten ist. Nach Ansicht dieses Autors ist die Europäische Universität in St. Petersburg ein von ausländischer Finanzierung abhängiger »Think Tank«, der Kader heranzieht, aus denen »Einflussagenten werden, die fest von der Überlegenheit liberaler Werte und der Minderwertigkeit der russischen staatlichen Ordnung überzeugt sind«.

Versuche, solche Gefahren zu generalisieren, finden sich bereits in dem bekannten Bericht des »Russischen Instituts für strategische Studien«, der zum Genre direkter Denunziation gegen eine Reihe von Forschungseinrichtungen, darunter auch das Lewada-Zentrum, zählt. Nach Ansicht der Autoren dieses Berichts gelten unabhängige Forschungseinrichtungen »als »Trendsetter«, weshalb bei russischen Experten der Wunsch entsteht, »dem Trend zu folgen«. Mit anderen Worten: Sie denken in vorgegebenen Paradigmen und passen ihre eigenen Ansichten an diese Positionen an, um die eigene Popularität zu fördern und die Nachfrage seitens der Medien zu steigern. Für die Autoren des Berichts besteht eben hierin die »Propaganda«, die als Tätigkeit eines »ausländischen Agenten« bestraft werden muss.

In diesem Bericht fehlt übrigens – bei aller Übereinstimmung der Anschuldigungen – ausgerechnet die

Europäische Universität (möglicherweise deshalb, weil er im Februar 2014 verfasst wurde, als die Frage der Schließung der Universität anscheinend noch nicht auf dem Tisch war).

In Universitätskreisen werden solche Themen gewöhnlich nicht in derart alarmistischer Weise formuliert. Gleichwohl sind in »ideologisch sensiblen« Fakultäten – wie der Geschichts- oder Politikwissenschaft – bereits recht deutlich Vorwürfe zu vernehmen, dass man durch westliche Quellen voreingenommen sei und im Grunde dem Westen »huldige«. Das letzte mir bekannte Beispiel sind Anschuldigungen gegen meinen Kollegen Pawel Kononenko vom Smolny College (ein Absolvent der Europäischen Universität), dem die Petersburger Staatliche Universität vorwirft, dass er »ausschließlich ausländische Materialien« verwende und eine »pessimistische Sicht« auf die politische Entwicklung der Russischen Föderation habe. Außerdem seien die von Kononenko verwendeten Lehrmittel »politisch tendenziös«. Solche Beispiele gibt es viele, doch ist es in Anbetracht der Lizenzverweigerung für die Europäische Universität wohl kaum ein Zufall, dass Irina Schirokorad, eine der Expertinnen, die an der Entscheidung des Lizenzentzugs beteiligt war, Folgendes in einer ihrer wissenschaftlichen Publikationen schreibt:

»Bestimmte Kräfte (die sogenannte »geheime Weltregierung« und deren Günstlinge in der US-Regierung) haben versucht, in der Welt ein unipolares System zu errichten, um so auf jede erdenkliche Weise den Kollaps der [ethnisch] russischen Welt zu erreichen. Als Boris Jelzin an der Macht war, hat man hartnäckig versucht, unserem Land ein unpassendes Wertesystem aufzuzwängen. Zu diesem Zweck wurden versteckte Technologien mobilisiert, mit denen in Russland – in ihrer Interessenssphäre – die Widersprüche künstlich zugespitzt wurden, beispielsweise zwischen der jungen und den älteren Generationen oder zwischen Anhängern verschiedener Konfessionen. Sie haben mit Hilfe ihrer Leute, die sie in den Machtstrukturen Russlands platziert haben, permanente Reformen von Verwaltung, Bildung und gesellschaftlichem Leben provoziert; sie haben mit Hilfe internationaler Stiftungen und nichtkommerzieller Organisationen [NGOs] den Kampf für Rechte und Freiheiten angeheizt, die ins Absolute aufgeblasen werden; und im Milieu der Jugendlichen und Studenten haben sie die Idee einer vollständigen »Befreiung von staatlichem Einfluss« ins Bewusstsein gepflanzt.«

Berücksichtigt man die Spezifik der Europäischen Universität und den allgemeinen Kontext, lässt sich nur schwer annehmen, dass Überzeugungen dieser Art sich nicht auf die Objektivität der Expertin auswirken. Mit anderen Worten: Es gibt den begründeten Verdacht, dass die gesamte Expertengruppe – wie auch die besagte

Expertin selbst – eine Gruppe von »Killer-Experten« ist, die benötigt wird, um mithilfe des formalen Lizenzierungsverfahrens einen unbequemen Vorreiter bei der Reform des russischen Bildungswesens zu schließen. Das ist in der Tat todsicher...

Offiziell jedoch, das versteht sich, geht es ausschließlich um »Fragen der Lizenzierung und der Einhaltung der russischen Gesetzgebung« und »keineswegs um Politik«. Der Initiator der staatsanwaltlichen Überprüfung, der Dumaabgeordnete Witalij Milonow von der Partei »Einiges Russland«, sieht in den Überprüfungen keine Katastrophe und behauptet, dass man »einfach besser mit den Dokumenten arbeiten« müsse, obwohl auch er sich mehrfach dahingehend geäußert hat, dass die Studenten dort gezwungen werden, [Arbeiten] über die Rechte sexueller Minderheiten und anderer Teufel und Dämonen zu schreiben«. Ein anderer Petersburger Abgeordneter, diesmal einer der Gesetzgebenden Versammlung der Stadt namens Andrej Anochin, wies in seiner Denunziation an die Staatsanwaltschaft darauf hin, dass »auf der Website der Europäischen Universität westliche Werte propagiert werden«.

An dieser Stelle ist erneut auf die Unterschiede zu den Ereignissen vor fast zehn Jahren zu verweisen: Inzwischen haben sich das internationale Ansehen Russlands erheblich verschlechtert und die Richtung der Entwicklung im Hochschulwesen des Landes wesentlich verändert.

Vergleicht man die Situation in den beiden Krisen (2008 und heute), wird in hohem Maße deutlich, wie sich der Charakter des Putin-Regimes gleich in mehreren Aspekten gewandelt hat. 2008 standen Fragen der »ideologischen Sicherheit« noch im Konflikt zu Überlegungen über das internationale Ansehen und dem Wunsch, den Kontakt zum Westen beizubehalten. Dadurch waren die Proteste der internationalen akademischen Öffentlichkeit recht effektiv. Seit der veränderten Lage um die Krim sind solche Proteste (es gibt schon Dutzende Unterstützerbrief an die Europäische Universität) wenig wirksam: Das Land hat einen Weg eingeschlagen, auf dem es die Meinung der internationalen Gemeinschaft ignoriert. Daher dürfte das mögliche Ende einer Institution, und sei sie noch so angesehen, wohl kaum die Reputation des Putin-Regimes weiter beeinträchtigen.

Gleichzeitig hatte seinerzeit der Einsatz eines alleinigen und vorhersagbaren Druckinstruments (die Brandchutzinspektion) und die Existenz eines einzigen »Auftraggebers« den Konflikt umkehrbar gemacht, weil derjenige, der das Kommando zum »Kaltstellen« gegeben hatte, es auch wieder zurücknahm. In der gegenwärtigen Lage, gibt es anscheinend kein klares Entscheidungszentrum, sondern im Gegenteil deutlich mehr als

einen Interessenten, und die sind anscheinend durch die klare Weigerung Putins koordiniert, sich direkt einzumischen. Vielleicht hat sich, bedenkt man die Logik der Ereignisse, das Regime inzwischen derart verändert, dass sich Putin in Wirklichkeit schon gar nicht mehr in diesen Konflikt einschalten kann. Frei nach dem Motto: »Der Vasall meines Vasallen ist nicht mein Vasall«.

Der Fall der Europäischen Universität ist ein weiteres Beispiel, dass in Russland ein »neues Mittelalter« angebrochen ist. Eine kaputte Uhr zeigt zweimal täglich die richtige Zeit und eine Uhr, die falsch geht, zeigt sie nie. Nach der Krim zeigen die Uhren des Putin-Regimes die Zeit von gestern.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Dieser Artikel erschien zuerst im unabhängigen Online-Magazin www.opendemocracy.net (6. Oktober 2017; <<https://www.opendemocracy.net/od-russia/dmitriy-dubrovskiy/evropeiskiy-universitet>>). Wir geben ihn in leicht gekürzter Fassung wieder. Lizenz: CC BY-NC 4.0 (<<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>>)

Über den Autor

Dmitrij Dubrowskij ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für unabhängige soziologische Studien (<www.cisr.ru>). Er hat an der Fakultät für Ethnologie der Europäischen Universität St. Petersburg studiert.

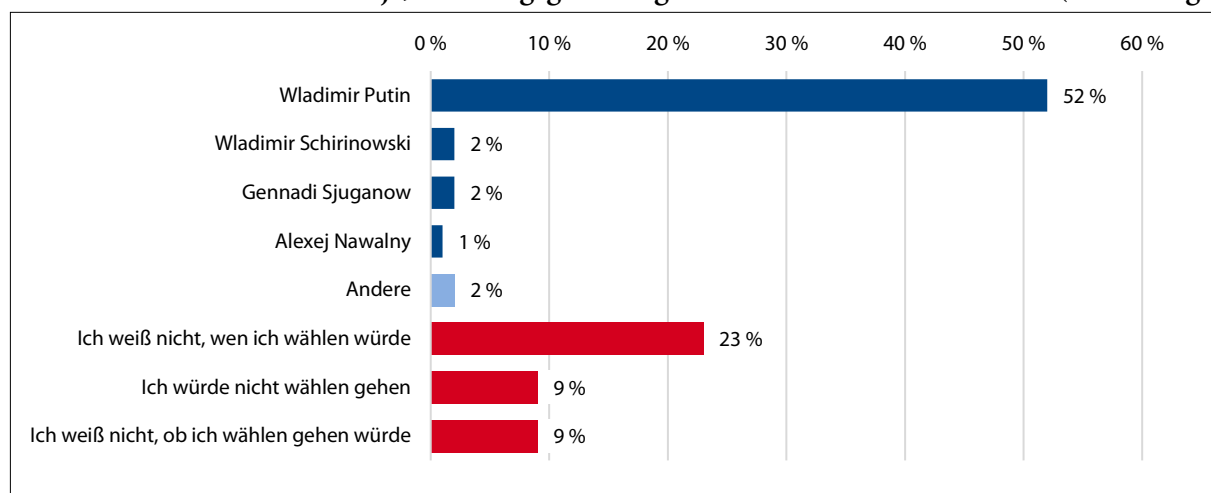
Lesetipps

- Chronik des Lizenzierungsverfahrens auf der Homepage der Europäischen Universität St. Petersburg; <<https://eu.spb.ru/en/news/18056-license-chronicles>>.
- St. Petersburger Europa-Universität vor dem Aus, in: Deutschlandfunk, 9. Oktober 2017; <http://www.deutschlandfunk.de/bildung-in-russland-st-petersburger-europa-universitaet-vor.680.de.html?dram:article_id=397770>.
- Aronson, Polina; Tatyana Dvornikova: The European University at St Petersburg: no license to learn?, 24. März 2017; <<https://www.opendemocracy.net/od-russia/polina-aronson-tatyana-dvornikova/european-university-at-st-petersburg-no-license-to-learn>>.

UMFRAGE

Sonntagsfrage Präsidentschaftswahlen

Grafik 6: Wenn am kommenden Sonntag Präsidentschaftswahlen wären, würden Sie daran teilnehmen und wenn ja, welchen gegenwärtigen Politiker würden Sie wählen? (offene Frage)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 15.–19. September 2017, <<https://www.levada.ru/2017/10/10/vozmozhnyerezultaty-prezidentskih-vyborov-2/>>, veröffentlicht am 10. Oktober 2017

4. – 18. Oktober 2017

04.10.2017	Nach einer anonymen telefonischen Bombendrohung wird die Stadtverwaltung von Moskau nicht evakuiert. Verdächtige Gegenstände werden nicht gefunden. Seit dem 10. September gehen in vielen russischen Großstädten massenhaft telefonische Bombendrohungen von Computerstimmen ein.
05.10.2017	Der Gouverneur des Gebiets Orjol, Wadim Potomskij, wird auf eigenen Wunsch seines Amtes enthoben und zum stellvertretenden bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten im Föderalbezirk Zentralrussland ernannt. Als kommissarisches Oberhaupt des Gebiets Orjol wird Andrej Klytschkow eingesetzt.
05.10.2017	Bei einem Bombenangriff der russischen Luftwaffe werden 49 Menschen in der syrischen Provinz Idlib getötet. Es soll sich nach Auskunft russischen Verteidigungsministeriums um Mitglieder der früheren al-Nusra-Front handeln, darunter sieben führende Köpfe der radikalislamischen Miliz.
05.10.2017	Die Büros der Organisation »Offenes Russland« (»Otkrytaya Rossia«) des früheren Jukos-Vorstandsvorsitzenden Michail Chodorkowskij werden durchsucht. Dabei werden Dokumente und technische Geräte beschlagnahmt. Auch die Wohnungen von Mitarbeitern sollen durchsucht worden sein. Nach Auskunft des Strafermittlungskomitees stehen die Durchsuchungen im Zusammenhang mit dem »Fall Jukos« und der ausländischen Finanzierung von »Offenes Russland«, die offiziell als »unerwünschte Organisation« gilt.
06.10.2017	Beim Zusammenstoß eines Zuges mit einem Bus werden im Gebiet Wladimir östlich von Moskau 17 Businsassen getötet. Die meisten Passagiere sollen aus Usbekistan stammen.
06.10.2017	In Moskau und dem Moskauer Gebiet kommt es erneut zu zahlreichen anonymen telefonischen Bombendrohungen. Etwa 160.000 Menschen werden aus öffentlichen Einrichtungen, Schulen und Einkaufszentren evakuiert.
06.10.2017	Der Gouverneur des Gebiets Nowosibirsk Wladimir Gorodezkij wird auf eigenen Wunsch seines Amtes enthoben. Kommissarisch übernimmt Andrej Trawnikow den Posten als Oberhaupt des Gebiets.
07.10.2017	In mehreren Dutzend Städten Russlands gehen Anhänger des Oppositionellen Alexej Nawalnyj auf die Straße. Fast 300 Menschen werden festgenommen. Nawalny selbst kann an den Demonstrationen nicht teilnehmen, da er sich wegen des Aufrufs zu nicht genehmigten Kundgebungen in Haft befindet.
08.10.2017	Wegen eines Großbrands im Moskauer Einkaufszentrum »Sindika« müssen 3000 Menschen in Sicherheit gebracht werden. Das Einkaufszentrum ist mit einer Gesamtfläche von 130.000 Quadratmetern einer der größten Baumärkte der russischen Hauptstadt.
09.10.2017	Der Gouverneur des Gebiets Omsk, Wiktor Nasarow, wird auf eigenen Wunsch seines Amtes enthoben. Zum kommissarischen Oberhaupt des Gebiets wird der Duma-Abgeordnete Alexander Burkow (Partei »Gerechtes Russland«) ernannt.
09.10.2017	Sergej Newerow wird zum Fraktionsvorsitzenden der Partei »Einiges Russland« in der Duma ernannt. Zuvor war der bisherige Fraktionsvorsitzende Wladimir Wasiljew zum kommissarischen Oberhaupt der Republik Dagestan ernannt worden.
10.10.2017	Der Gouverneur des Gebiets Iwanowo Pawel Konkow wird auf eigenen Wunsch seines Amtes enthoben. Kommissarisch übernimmt der stellvertretende russische Wirtschaftsminister Stanislaw Woskresenskij die Aufgaben des Oberhauptes.
10.10.2017	Beim Absturz eines Bombers vom Typ SU-24 der russischen Armee in Syrien sterben beide Piloten.
12.10.2017	Nordkorea erkennt die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland an. Dies teilt die Botschaft der Russischen Föderation in Pjöngjang mit.
12.10.2017	Der Gouverneur des Gebiets Pskow, Andrej Turttschak, wird auf eigenen Wunsch seines Amtes enthoben. Zum kommissarischen Oberhaupt wird der bisherige stellvertretende bevollmächtigte Vertreter des Präsidenten im Föderalbezirk Nordwestrussland, Michail Wedernikow, ernannt. Es ist seit dem 25. September der 11. Wechsel des Oberhauptes einer Verwaltungseinheit in Russland.
14.10.2017	Der Föderale Dienst für die Aufsicht im Bereich des Fernsprechwesens, der Informationstechnologie und Massenkommunikation (Roskommnadsor) fordert von »YouTube« und dem sozialen Netzwerk »VKontakte«, Seiten über »Zugsurfen« und »Roofing« (Klettern auf hohe Gebäude ohne Sicherung) zu löschen. Diese Seiten würden Jugendliche zu extremen, lebensgefährlichem Verhalten ermutigen. In der Vergangenheit hatten Zugsurfen und Roofing wiederholt zu tödlichen Unfällen in Russland geführt.
15.10.2017	Wladimir Putin eröffnet in Sotschi die Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Nach offiziellen Angaben nehmen an den Weltjugendspielen vom 14. bis 22. Oktober gut 25.000 Menschen aus 185 Ländern teil. Etwa die Hälfte der Teilnehmer kommt aus Russland.

16.10.2017	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den Messenger-Dienst »Telegram« zu einer Geldstrafe in Höhe von 800.000 Rubel (etwa 12.000 €), weil »Telegram« sich geweigert habe, dem Inlandsgeheimdienst FSB Informationen zur Entschlüsselung von Gesprächen zur Verfügung zu stellen.
16.10.2017	Als Reaktion auf den Atomwaffentest von Nordkorea verhängt Russland Sanktionen gegen das Land. Diese betreffen die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit. Der Ankauf von Gold, Eisen, Titanerz und Kohle aus Nordkorea wird verboten, ebenso der Export russischer Luxusgüter.
16.10.2017	In Paris wird der Konzeptkünstler und politische Aktivist Pjotr Pawlenskij festgenommen. Zuvor hatte er eine in einer Filiale der Nationalbank »Banque de France« Feuer gelegt.
17.10.2017	Ein Moskauer Gebietsgericht verlängert den Hausarrest gegen den künstlerischen Leiter des Gogol-Zentrums, Kirill Serebrennikow, bis zum 19. Januar 2018.
17.10.2017	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland wegen des Verfahrens gegen den Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj und dessen Bruder Oleg, u. a. wegen Verletzung des Rechts auf einen fairen Prozess. Der Gerichtshof spricht den beiden Beschwerdeführern eine Entschädigung von 76.000 € zu.
18.10.2017	Die bekannte Fernsehmoderatorin und Journalistin Xenija Sobtschak kündigt ihre Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2018 an. Falls jedoch Alexej Nawalnyj zu den Wahlen zugelassen werde, sei sie bereit, ihre eigene Kandidatur zurückzuziehen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Gwendolyn Sasse (verantwortlich) und Martin Brand

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>